

Berlin 06.01.2022

Pressemitteilung

Bildungssenatorin hat alle Berliner Lehrkräfte in den Blick zu nehmen Mickmann: „Keine Geringschätzung der Beamten - Corona-Sonderzahlung auch für die Beamten!“

Seit dem 21. Dezember 2021 befindet sich Astrid-Sabine Busse (SPD) im Amt der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie. Lange forderte der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung, Landesverband Berlin e. V. (BvLB Berlin) die Verbeamtung der Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen. Dieses Vorhaben wird offenbar in dieser Legislaturperiode von der neuen Senatorin aktiv vorangetrieben.

„Wir unterstützen Frau Busse bei der Durchsetzung der Verbeamtung der Berliner Lehrkräfte. Darüber hinaus fordern wir die Senatorin auf, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit beiden Augen zu betrachten. Die Corona-Sonderzahlung ist ebenso den Beamtinnen und Beamten zu gewähren. Diese leisten gleichermaßen zusätzliche Arbeit und sehen sich gesundheitlichen Risiken gegenüber“, wendet sich Dipl.-Hdl. Jens-Peter Mickmann, stellvertretender Landesvorsitzender und Pressesprecher des BvLB Berlin an die neue Senatorin Busse.

Zur Anerkennung der geleisteten Mehrarbeit und vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Herausforderungen ermöglicht die Bundesregierung Arbeitgebern, ihren Arbeitnehmern eine Prämie von insgesamt 1.500 Euro steuer- und beitragsfrei auszuzahlen. Diese anerkennende und motivierende Auszahlung wird den Arbeitgebern noch bis März 2022 laut Paragraph 3 Nummer 11a Einkommensteuergesetz gewährt.

Der Tarifvertrag für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom 29. November 2021 legt eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro für die angestellten Lehrkräfte fest. Für die verbeamteten Lehrkräfte fehlt aktuell eine gesetzliche Grundlage, um die Sonderzahlung den Beamtinnen und Beamten zu bewilligen. Den Berliner Angestellten wird die Sonderzahlung bis spätestens März 2022 überwiesen.

„Der BvLB Berlin verlangt vom Senat, unverzüglich die Ergebnisse des Tarifvertrages vom 29.11.2021 vollumfänglich auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin zu übertragen. Eine Ungleichbehandlung der Beamten gegenüber den Angestellten geringschätzt die Leistungen der verbeamteten Lehrkräfte“, fordert BvLB-Pressesprecher Mickmann.

Jens-Peter Mickmann

stellv. Landesvorsitzender BvLB Landesverband Berlin
Pressesprecher